

Die Baugewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 14 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 4. April 1931

Osterhoffnung

Und dräut der Winter noch so sehr, ... es muß doch Frühling werden!

Mit diesen Worten begrüßt der Dichter den kommenden Frühling, an dessen Anfang Ostern steht. Wenn sich die Kirche und ihre Gläubigen am Osterfest freuen, weil Christus den Tod überwunden hat und ihre Freude in immer wiederkehrenden Allelujas zum Ausdruck bringen, dann freut sich auch die ganze Menschheit mit über den Sieg, den der Frühling über den Winter, die Wärme über die Kälte, das Leben über den Tod davonträgt. Mit der wiederkehrenden Sonne, mit dem sprossen in der Natur dem Säen der ersten Schneeglöcklein erfüllt auch die Menschen frischer Mut, erneuter Lebenswille und innere Kraft zur Lebensbejahung.

So teilt sich die Auferstehung des Heilandes symbolisch allen Menschen mit, ob sie gläubig oder ungläubig sind. Immer kündigt Ostern der Menschheit neues Leben! Gesunde und Kranke, Kinder und Greise, sie alle blicken hoffnungsfroh der Frühlingssonne entgegen. Ja selbst über die Einzelmenschen hinaus erfüllt ein neues Hoffen die Schicksalsgemeinschaft, die einen Staat bildende Gesamtheit. Die Frühlingssonne scheint gleichsam auch die politischen Krankheitskeime zu töten, die da sind Miesmacherei und Verneinung, Unzufriedenheit und Radikalismus. Der Politiker wie auch der verantwortungsbewußte Staatsbürger atmen erleichtert auf, wenn Kälte und Dunkel des Winters, zumal wenn sie von so großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer so ungeheuren Arbeitslosigkeit begleitet sind, wie während des vergangenen, wenn sie endlich abgelöst werden durch die ersten warmen Sonnenstrahlen. Da ist es unser sehlichster Wunsch, daß die Frühlingssonne nicht nur die Natur, sondern auch die erstarrte Wirtschaft zu neuem Leben, neuem Getriebe, neuem Wirken und Schaffen wecken möge. Nur eine solche Wirtschaft kann der Menschheit die materielle Lebensgrundlage abgeben. Ein gesundes Wirtschafts- und Staatsleben entsteht erst, wenn die Staatsbürger die Möglichkeit zur produktiven Arbeit haben. Nicht das Kapital allein schafft neue Arbeit sondern nur Arbeit schafft wieder neue Arbeit! So gilt auch heute noch, was der weise Papst Leo XIII. vor genau vierzig Jahren in seiner Arbeiter-Enzyklika verkündete, daß nämlich die Arbeit die erste und wichtigste produktive Kraft ist und auch bleiben wird. Die gegenwärtigen Strömungen in den verschiedensten Kreisen beweisen besser als viele Worte, daß sich die Menschheit eine solche Unterschätzung der Arbeitskraft und eine so große Vormachtstellung des Kapitals, wie das gegenwärtig der Fall ist, auf die Dauer nicht gefallen lassen wird. Vor vierzig Jahren schrieb Leo XIII., daß sich die Menschheit beeilen müsse, von den falschen Wegen, die die Wirtschaft zu gehen angefangen habe, abzukommen, wenn nicht statt eines Aufstiegs ein fittlicher Untergang für die Menschen die Folge sein solle. Heute können wir nach vierzig Jahren feststellen, daß sich die Menschheit gerade nicht sonderlich beeilte, den guten Rat anzunehmen. Und in den von Leo XIII. vorausgesagten Gefahren sind wir glücklich mitten drin.

Wenn nun in diesen Zeiten das Christentum nochmals den Ruf nach Gerechtigkeit in der Wirtschaft erneut ertönen läßt, dann mag man wünschen, daß er nicht ungehört verhallt. Zu einer gesunden Wirtschaftsführung gehört mehr als Geschäftstüchtigkeit und Kapital, denn sie wachsen leicht zu Profitgier und Eigennutz aus. Zu ihr gehört vielmehr auch Standesbewußtsein und Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit, und zwar zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wenn wir aber nach diesen Dingen schon im engeren Berufstreife umschauen, dann müßte man wie jener weise Grieche am hellen Tag mit einer Laterne nach ihnen suchen gehen. War früher Ostern für uns Bauarbeiter so recht das Fest, das uns nicht nur Freude, sondern auch neue

Arbeitsmöglichkeiten und damit Verdienst brachte, das uns von den Unbilden der Witterung befreite und die Arbeit erst recht lieb werden ließ, so spüren wir in diesem Jahr die früheren wirtschaftlichen Segnungen des Osterfestes kaum. Eine schier unübersehbare Welle von Arbeitslosigkeit liegt hinter uns und ihr Ende ist für uns Bauarbeiter noch nicht abzusehen. So sieht uns die Oster Sonne weder unten in der sich erwärmenden Erde, dort das Fundament zu einem stolzen Neubau legend, noch näher bei ihr hoch oben auf Gerüsten und neuerstandenen Mauerwerk, — sondern untätig in dunklen Gängen irgendeines Arbeitsamtes stehen. Gegen uns steht die Not, die die Baulust der öffentlichen Hand eindämmt, aber neben der Not steht auch noch Unentschlossenheit, falsche Kapitalsanlage, bürokratische Verknüpfung des Wertes des Baumarcktes für die Inlandswirtschaft.

Waren uns diese Dinge schon längst bekannt, und konnten sie uns nicht mehr befremden, so mußte uns doch das Geschenk befremden, das unsere Arbeitgeber zum Osterfest uns aufgebürdet haben. Sie zeigten durch ihre Lohnabbauanträge ein Maß von Verständnislosigkeit für die mit ihnen berufsständisch verbundenen Arbeiter, das alle Erwartungen übertraf. Ihre Anträge hätte man höchstens von jemand erwarten können, der keine blasse Ahnung von den „hohen Löhnen“ der Bauarbeiter hat, aber nicht von unseren eigenen Arbeitgebern, die noch nicht einmal bei gutem Willen, sondern schon rein aus Geschäftserfahrung heraus wissen müssen, wie niedrig die Jahreslöhne der Bauarbeiter stehen. Man braucht unsere Arbeitgeberzeitungen nur zu einer Zeit zu lesen, wo keine Lohnverhandlungen spielen, um zu erkennen, daß sie die Gründe des Darniederliegens des Baumarcktes so gut kennen wie wir. Kein Unternehmer ist innerlich davon überzeugt,

daß ein Lohnabbau eine wirkliche Belebung des Baumarcktes bringt. Soweit sie selbst in letzter Zeit Miethäuser erstellt haben, sehen sie einem Lohnabbau sogar mit Sorge entgegen. Die Arbeitgeberverbände aber sind von den Abbaubestrebungen erfasst, die zwar nicht wirtschaftlich gerechtfertigt, sondern nur psychosomatisch bedingt sind. Sie möchten ihren Kollegen von der Schwerindustrie doch nicht nachstehen! So wird das Osterei unserer Arbeitgeber zu einem Audaudsei, denn aus ihm kann höchstens eine weitere Verelendung des Bauarbeiterstandes, und da die Bauarbeiter genau so gut wie die Arbeitgeber zum Baugewerbe gehören, eine weitere Verelendung des Baugewerbes, aber nicht dessen Belebung entstehen.

Wir Bauarbeiter wollen aber aus diesen Vorgängen lernen, daß uns niemand hilft, wenn wir uns nicht selbst helfen. Unsere Selbsthilfe aber kann nur durch unsere Gewerkschaftsarbeit erfolgen. Wir glauben an unsere Gewerkschaft, weil wir auch an unseren Beruf glauben. Zwar können die gegenwärtigen Verhältnisse unserem Beruf Einschränkungen bringen, aber durch natürliche Bedingungen wird er vor dem Untergang gesichert sein. In Ägypten erzählen uns noch heute die Pyramiden von Baukunst und Bautechnik längst vergangener Epochen; von der Geschichte des alten Roms erzählen uns sichtbar die antiken Ueberreste stolzer Bauten, und das Mittelalter zeigt sich uns auf Schritt und Tritt in seinen Baudenkmalern. So begleitet neben der Landwirtschaft das Bauhandwerk die Menschheit durch alle Zeiten und Epochen. Kein Jahrhundert ohne Bauarbeit! Auch für uns Bauarbeiter bei einer bitteren Gegenwart wird einmal die Zeit kommen, wo man unseren Stand und unseren Wert wieder besser erkennen wird, wo die Arbeitslosigkeit abgelöst sein wird durch Arbeitstätigkeit. Daß das bald der Fall sein möge, ist unser Osterwunsch!

P. H. Haring.

Die Lohnvorschläge der zentralen Schiedsstelle

Die in den Bezirken gefällten Schiedsprüche über die Löhne für Holz-, Beton- und Tiefbauarbeiten sind mit wenigen Ausnahmen in den letzten Nummern der „Baugewerkschaft“ bekannt gegeben. Sie sind auf Grund ihrer Nichtberücksichtigung unserer Rechte beinahe restlos von unsern Vertretungen abgelehnt. Trotz des weiten Entgegenkommens der Schiedsprüche an die im Ausmaß geradezu verrückten Arbeitgeberforderungen brachten es die Arbeitgeberverbände fertig, diese Abbauschiedsprüche provokatorisch abzulehnen, um weitere Versuche zum Lohnpressen zu machen. Die vorgekehrte zentrale Schiedsstelle mußte sich deshalb mit sämtlichen Streitfällen der 32 Tarifgebiete befassen. Das Reichsarbeitsministerium hatte — nach Vereinbarung der Parteien — die Unparteiischen zu bestellen und als solche Herrn Professor Dr. Brahn, Landesrichter für Westfalen in Dortmund, Herrn Dr. Stenzel, Hamburg, Landesrichter für Norddeutschland, und Herrn Staatsrat Gasteiger vom Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit, Abteilung Arbeit, in München bestimmt. Am 24., 25. und 26. März wurde dann in langausgedehnten Sitzungen die Auffassung der Parteien zur Lohnneubildung vorgetragen. Im Anschluß daran tagte die zentrale Schiedsstelle, die neben den drei genannten Herren von je vier Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite aus den tarifbeteiligten Verbänden gebildet wurde. Nach einer aufreibenden Nachtigung wurde dann am 27. März, früh gegen 7 Uhr, mit den Stimmen der Unparteiischen und der Arbeitgeber ein Schiedspruch herausgebracht, aus dem wir untenstehend das Protokoll und die vorgekehrten Spitzenlöhne bringen.

Zur Schiedsstelle selbst muß grundsätzlich gesagt werden, daß die an sich eingepielte zentrale Schiedsgerichtsbarkeit diesmal den Bedürfnissen nicht gerecht geworden ist. Wenn über die Löhne,

die für den Arbeiter ausschließliches Einkommen bedeuten, die sozial von so weit reichenden Auswirkungen sind, bejunden werden muß, dann müssen alle Begleitmomente ohne nervöse Hast besprochen werden können. Dann muß auch der einzelne Fall neben notwendiger Berücksichtigung zentraler Bedürfnisse mehr für sich gewertet werden. Wir gestehen auch objektivweise den Arbeitgebern für ihre, wenn auch nach unserer Auffassung vermeintlichen Bedürfnisse das gleiche Recht zur Aussprache zu. Dazu war die vorgekehrte Zeit zu knapp. Bei aller Konzilianz der Verhandlungsführung, bei allem Bemühen, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen, kann bei einem Gesamtüberblick auf den Verhandlungsgang dieser jährliche Mangel nicht übergangen werden. Das gleiche gilt auch sinngemäß für die Arbeiten der Schiedsstelle selbst. Die solcherart zustande gekommenen Schiedsprüche müssen schon wegen ihrer Treibhauszucht wie Fremdkörper wirken; im Baugewerbe ganz besonders, wo jahrelang in selbstgewählten Schiedsgerichten Lohnpolitik mit stärkster Eigenverantwortung gemacht worden ist.

Den Unparteiischen kann ein gewisses Ueberblicken der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge in Deutschland in Hinsicht auf ihre öffentliche Tätigkeit gewiß nicht abgesprochen werden. In der Beurteilung der baugewerblichen Lohnfragen waren sie aber doch bis zu einem gewissen Grade auf einem seither für sie weniger bekannten Gebiet und damit in der Gefahr, den unwägbareren Einflüssen der allgemeinen Lohnabbauphase und der besonderen Verständnislosigkeit hinsichtlich der Höhe der Bauarbeiterlöhne zu erliegen. Ihr guter Wille, tragbares Recht zu schaffen, ihre Verhandlungsführung und ihre ausgleichende Ruhe bei den manchmal zugespitzten Parteikämpfen sollen auch unsere Anerkennung finden.

Die Unternehmervertreter haben an dürrem Holz und an sonstigen arbeitslosen Brennstoffen herangeschleppt, was heranzuschleppen war, um das zu verbrennen, was sie seither gemeinsam mit uns aufgebaut haben. Wir wissen die Wirtschaftslage durchaus zu würdigen; trotzdem bleiben wir grundsätzlich dabei, daß sie nicht in dem unternehmerseits vertretenen Maße die Löhne beeinflussen darf. Lohnsenkung wird aber auch die Wirtschaftslage nicht, und nicht in dem Maße heben, wie die Unternehmervorstellungen es darzustellen belieben. Bauauftraggeber sollen verpflichtet sein über die hohen Bauarbeiterlöhne. Vereinzelt Vorkommnisse in ländlichen Gebieten wurden aufgekauft, Unterzahlungen und Unterangebot seien ganz stark vorhanden. Inserate von kleinen Scharwerkern, von kleinen, frei gebildeten Gruppen Arbeitsloser mit scheinbar niedrigen Lohnangeboten wurden verlesen. In manchen Fällen konnte man Zweifel haben, ob die Inserate nicht gar bestellt oder nur für diesen Zweckfall selbstausgegebenen Plakate waren. Kurz es wurde gerade auf diesem Gebiete hanebüchen übertrieben. Jede Einzelheit der Unternehmervorstellungen kann wegen Zeit- und Raumangel hier nicht besprochen werden. Wenn all die ausgesprochenen Hoffnungen auf Bauerbilligung, auf Behebung der Bauaktivität sich erfüllen würden, dann müssen wir recht bald eine außergewöhnlich blühende Bauwirtschaft haben. Wir sind der Auffassung, daß die Mehrzahl derer, die so freigebig diesen Zukunftsweg ausgetreten haben, dann, wenn sie diesen Wechsel in Geld einlösen müßten, wegen Wechselverfallung vor den Strafrichter oder wegen Verleumdung vor den Entmündigungsrichter kämen. Kurz man konnte bei manchen Behauptungen dieser Seite manchmal in das Gefühl kommen, als befände man sich in einer Jagdgesellschaft oder in einer Friseurstube, wo von der Wahrheit der Darstellung nicht viel erwartet wird.

Für die Sprecher der Arbeiterschaft ist gewiß die derzeitige Wirtschaftslage ein düsterer Hintergrund. Wenn im Jahresdurchschnitt 1930 50 Prozent Bauarbeiter arbeitslos waren, wenn die derzeitige Arbeitslosigkeit noch über 70 Prozent beträgt, dann sind das immerhin Tatsachen, die anders wirken, wie in Konjunkturfahren. Wenn in allen Berufs Lohnabbau bereits erfolgt ist, wenn die Lohnabbaukampagne selbst Kreise erfasst hat, die sozialpolitisch bestimmt nicht reaktionär denken, dann sind auch das Tatsachen, die der objektive Gewerkschaftler mitberücksichtigen muß. Aber für soziales Recht, für Bestehenbleiben notwendigen Stundenlohnes, der nach bester Ueberzeugung der Wirtschaftsbelegung nicht im Wege steht, läßt sich immer noch streiten. Das ist auch geschehen. Hätte mancher Verzagte, hätte aber besonders der Kreis der Röhrlar und Besserwisser alle die treffenden Ausführungen unserer Vertreter gehört, dann hätte er einen neuen Beweis dafür bekommen, daß die Vertretung der Bauarbeiterinteressen in besten Händen liegt. In diesem Parlament des engeren Baugewerbes haben bestimmt die Vertreter der Arbeiterinteressen den Unparteiischen den Beweis erbracht, daß Gehalt und Form der Darstellungen in vielen Fällen weit über dem Durchschnitt der Darlegungen standen, die von den Unternehmervertretern gemacht wurden. Manche Darlegungen gestal- teten sich zu dramatischen Höhepunkten. So die Beweisführung der Vertreter aus dem Industriegebiet, an der Spitze unser Kollege Koch. Aehnliche Hinweise von Berlin, wo rückhaltlos alle Nachwirkungen nach der Seite der unvermeidbaren Wirtschaftskrisen dargelegt wurden. Wieder in anderer, ebenso wirkungsvoller Form die Hinweise von Schlesien und Ostpreußen, die den Unterschied zwischen Ostpreußen für die Landwirtschaft und Lohnbeziehung für die Arbeiterschaft mit ihren politischen Gefahren mahnend hervorhoben. Herzhaft und mit dem letzten Einschlag an moralischen Einwirkungen ist versucht worden, die durch die unglücklichen Schiedssprüche in den Bezirken entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen oder doch abzumildern.

Die Schiedssprüche sind gefällt. Eine innere Billigung der vorgeschlagenen Löhne kann von uns nicht erwartet werden. Die Schiedssprüche sind Produkte einer wirtschaftlichen Arbeit mit altem Trutz und Trutz an unsozialen Auswirkungen. Sie sind nicht so leicht, wie die bezirklichen Tarifansprüche. Für eine ganze Reihe von Bezirken mindern sie den Lohnabbau um einen, teilweise um zwei Pfennige, teilweise um höhere Beträge ab. Nur für Bayern, wo ein Abbau um 10 Pf. vom Spitzenlohn im ersten Schiedsspruchstand, erfolgt für den Spitzenlohn und die oberen Ortsklassen eine bedauerliche Verschlechterung bis zu 2 Pf. weiterer Lohnermäßigung. Eine Begründung hierfür wird den Unparteiischen nicht möglich sein, es sei denn, man betrachtet die Tatsache, daß beim Köhnen mit dem großen Zettel im Breißler Schablonenverfahren zum Handwerk gehören, als eine Entfremdung. Die Unternehmervorstellung, daß Bayern mit seinen Löhnen in den letzten Jahren über den Reichsdurchschnitt hinausgewachsen

jetzt ist unzutreffend; bei Zutreffen würde sie auch den beteiligten gewesenen Unternehmern selbst kein gutes Zeugnis wirtschaftlicher Schätzungskraft ausstellen. Für die in Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Ostpreußen tätig gewesenen „unparteiischen“ Vorstehenden bedeutet die Revision ihrer Schiedssprüche eine moralische Ohrfeige, eine Disqualifikation ihrer Eignung zum Amt eines Schlichters. Verschieden können wir allerdings den Unparteiischen nicht, daß die nur bescheidene Revision für Westdeutschland (Industriegebiet) als eine Rücksichtnahme auf die sozialreaktionäre Ansicht der dortigen Großindustrie empfunden werden muß.

Die Schiedssprüche sind nicht endgültig. Sie unterliegen der Beurteilung der Parteien. Nach den vorgefallenen Tatsachen würden wir uns nicht wundern, wenn einzelne bezirkliche Unternehmervorstände auch diese starken Lohnsenkungen als zu gering ablehnen würden. „Der Bauarbeiter“, eine enggeschürzte Unternehmervorstellung, schreibt in seiner Nr. 33 vom 28. März schon in diesem Ton. Von Arbeiterseite muß wohl in den meisten Bereichen mit Ablehnung gerechnet werden. Das ist sozial verständlich und kann auch wirtschaftlich nicht als unberechtigt bezeichnet werden. Welchen weiteren Gang die Dinge nehmen, können wir abwarten. Soweit amtliche Organen sich mit der Lohnregelung im Baugewerbe befassen, werden wir zur Stelle sein, um unser Recht mit dem gleichen Nachdruck wie seither zu vertreten. Ueber-eilte Einzelaktionen, wo der Vorstand vom momentanen Gefühl übertroffen wird, können wir nicht billigen.

Der Reichstarifvertrag ist in seinen Grundzügen fertig. Eine Besprechung seines Inhalts ist aus Zeit- und Raumangel diesmal leider noch nicht möglich. In den Bezirken werden ganz besonders noch heftige Auseinandersetzungen über diejenigen Punkte erfolgen, die mit den Löhnen unterer Ortsklassen und besonderer Berufsgruppen zusammenhängen. Daneben wird sicher auch noch allerhand an Auseinandersetzungen entstehen über Begriffsbestimmung und Höhe der verschiedenen Zeit- und Erschwerungszulagen. Es geht also nicht wie in früheren Jahren, daß durch einen gewissen Verhandlungsmechanismus alles fein säuberlich vor bestimmten Instanzen und innerhalb festgelegter Zeiträume erledigt wird. Die Zeit kommt wieder, wo die aktive Mitarbeit der einzelnen Kollegen, der einzelnen Berufs- und Ortsgruppen dringend notwendig ist.

Nachstehend lassen wir das Verhandlungsprotokoll der zentralen Schiedsstelle folgen. Dem Verhandlungsprotokoll haben wir zur besseren Veranschaulichung die seitherigen Löhne, die Unternehmervorstellungen und die Schiedspruchergebnisse der bezirklichen Tarifämter beigelegt.

Protokoll

zur Verhandlung am 27. März 1931.

- 1. Die Löhne der Maurer befinden sich am Ende dieses Protokolls. Die Löhne von Frankenhäusern, Wittenhausen, Hann.-Münden werden in dem gleichen Ausmaß des Tarifvertrages für Kassel errechnet.
- 2. Die Löhne der Tiefbauarbeiter bestimmen sich im gleichen Verhältnis, wie die Löhne der Facharbeiter durch die Schiedssprüche gegenüber den bisherigen Löhnen verändert sind mit der Maßgabe, daß die Tiefbauarbeiterlöhne für Westdeutschland (Essen) auf 74 Pf. und für Rheinland (Köln) auf 80 Pf. festgesetzt werden.

- 3. Die Löhne der Maschinisten I. Klasse werden nach der gleichen prozentualen Spanne zum Facharbeiterlohn bemessen wie bisher.
- 4. Die Löhne des Maurers betragen im einzelnen für: (siehe Tabelle unten).
- 5. Bei der Ermittlung aller Löhne nach Prozenten von den Gelöhnen aus, werden Bruchteile bis 0,49 nach unten, von 0,5 aufwärts nach oben auf volle Pfennige abgerundet.
- 6. Der Lohn für die im Vertrag für den Mittel- landkanal aufgeführten einzelnen Kilometerstrecken regelt sich in demselben Verhältnis wie bisher zu den Vertragsgebieten. Braunschweig, Nordwest- deutschland und Sachsen-Anhalt. Die Festsetzung der Löhne ist Aufgabe des zuständigen Bezirksarbeitsamtes (Braunschweig).
- 7. Der Zimmererlohn bleibt im bisherigen Verhältnis zu den Maurerlöhnen.
- 8. Die Erklärungsfrist gemäß Ziff. 3 der Vereinbarung vom 26. Februar endet am Sonnabend, dem 4. April 1931, vorm. 10 Uhr.

Berlin, den 27. März 1931.

gez.: Gast eiger. gez.: Str a h n. gez.: St e n z e l.

Vertragsgebiet und Spitzenort	Neu- vorge- setzte Lohn in Pf.	Seit- heriger Lohn in Pf.	S r u c h o Bezüge's arbeitsamt's (auslet an) in Pf.	Abb n- oder ang er Unter- neh- mer in Pf.
Hessen/Hessen-Nassau (Frankf.)	122	136	*	34
Hessen/Hessen-Nassau (Hanau)	120	133	118	33
Mainkanal	99	107	94	27
Nahengebiet (Kreuznach)	115	129	110	39
Kassel	114	126	*	26
Kassel (Waldeck)	97	106	*	*
Sieg-Lahn (Gießen-Marburg)	105	116	102	38
Sieg-Lahn (Siegen)	100	111	*	28
Westdeutschland (Essen)	115	130	114	25
Rheinland (Köln)	121	135	*	38
Unterbaden (Mannheim)	120	134	117	36
Mittel- u. Oberbaden (Karlsruhe)	116	130	114	36
Pfalz	115	128	108	28
Bayern (München)	124	137	127	32
Württemberg (Stuttgart)	119	133	*	35
Prov. Sachsen-Anhalt (Halle)	116	129	110	41
Prov. Sachsen-Anhalt (Magdeburg)	119	131	111	41
Freistaat Sachsen (Leipzig)	125	139	117	35
Freistaat Sachsen (Dresden)	123	137	115	35
Freistaat Sachsen (Ortsklasse I)	118	132	110	33
Thüringen (Erfurt)	113	125	*	27
Ostthüringen (Gera)	104	116	99	29
Nordwestdeutschland (Han- nover)	118	131	116	22
Braunschweig (Braunschweig Stadt)	117	129	114	33
Unterweiser-Emsgebiet (Bremen)	128	139	*	25
Norden (Hamburg)	144	156	*	*
Minden-Lippe (Bielefeld)	116	130	*	35
Groß-Berlin	141	153	130	33
Brandenburg (Frankfurt a. O.)	98	108	120	29
Grenzmark (Rosen-West- preußen (Schneidemühl)	97	107	94	27
Niedlenburg (Kosel)	103	113	*	34
Pommern (Stettin)	119	132	119	33
Pommern (Ortsklasse I)	105	116	104	28
Ostpreußen (Königsberg)	109	120	*	36
Niederschlesien (Breslau)	116	127	*	24
Niederschlesien (Gribernberg)	92	101	*	30
Niederschlesien (Görlitz)	104	114	*	29
Niederschlesien (Glatz)	90	98	*	33
Oberschlesien (Gleiwitz)	96	106	97	33
Oberschlesien (Oppeln)	98	107	98	21

*) Beim Schiedsspruch zustandekommen bzw. nicht bezüglich verhandelt.

Lohnabbau und Wirtschaftskrise

Wohin wir auch heute hören, ertönt der Ruf nach dem Abbau der Löhne. Die Motive dieses Lohnabbaustrebens sind verschieden. Die einen glauben, damit tatsächlich der Wirtschaft zu dienen, für andere wieder, und das ist wohl der größere Teil, ist Lohnabbau Selbstzweck. Ihnen geht es darum, eine Einkommensverschiebung herbeizuführen. Freilich sprechen sie das nicht immer offen aus; auch sie geben gewöhnlich vor, der Wirtschaft helfen zu wollen. So wie die Motive des Lohnabbaustrebens von Personenzentrum zu Personenzentrum verschieden sind, wechseln von Zeit zu Zeit die Argumente, die gegen die „hohen“ Löhne vorgebracht werden. Einmal ist es die Angst vor der Ueberproduktion, dann wieder Kapitalmangel, wieder ein anderes Mal die Auslandskonkurrenz usw. Heute hat man das Schlagwort der Selbstkostenkrise gewählt.

Unter Selbstkostenkrise versteht man, daß die Produktion zu teuer ist und daher die erzeugten Güter nicht abgesetzt werden können. Es ist in der Tat so, daß die augenblickliche Wirtschaftskrise sich unmittelbar in einem Abgabemangel äußert. Es kommt -un darauf an, nachzu- forschen, wo die Ursachen dieses Abgabemangels liegen. Derjenigen, die so viel von Selbstkostenkrise reden, machen es sich verhältnismäßig leicht. Sie setzen gewöhnlich still- schweigend voraus, daß die „Selbstkostenkrise“ die einzige oder wesentliche Ursache des Abgabemangels ist. Sie

fangen da zu forschen an, wo die Forschung nur nach einer von ihnen selbst gewünschten Richtung verlaufen kann. Wenn wir aber versuchen, vom Abgabemangel aus- zugehen und dessen Ursachen zu erforschen, dann kommen wir zu einem ganz anderen Ergebnis.

Der Abgabemangel ist unzweifelhaft die Folge eines bestehenden Mißverhältnisses zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und der Menge der dargebotenen Güter und Dienstleistungen. Dieses Mißverhältnis ist nicht etwa auf Ueberproduktion zurückzuführen. Ueberproduktion gibt es höchstens in einzelnen Gewerbezweigen infolge ihrer anorganischen Entwicklung, nicht aber in der Wirtschaft überhaupt; denn die Bedürfnisse der Menschen sind so unermeßlich, daß sie nie restlos befriedigt werden können. Zudem ist jede Geldmenge genügend, jede Menge Güter und Dienstleistungen zu kaufen, wenn nur deren Preise entsprechend niedrig sind. Wir sehen also, daß das Mißverhältnis an sich nicht zwischen der Kaufkraft und der Güter- und Dienstmenge, sondern zwischen der Kaufkraft und den Preisen der angebotenen Güter und Dienste besteht. Um den Abgabemangel zu beseitigen, ist also notwendig, die Kaufkraft und die Preise der Güter und Dienstleistungen in Einklang zueinander zu bringen. Wenn man sich darüber im Klaren ist, dann muß man es geradezu als Hohn für alle Notleidenden empfinden, wenn vielfach behauptet wird, man müsse neue Bedürf-

nisse werden, um Arbeit zu schaffen. Das ist doch unser ganzes Glend heute, daß die reichlich vorhandenen Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Mit den Bedürfnissen allein ist der Wirtschaft nicht gebient, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß sie auch befriedigt werden können. Und dazu gehört nun einmal, daß das Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft und den Preisen der Güter und Dienstleistungen beseitigt wird.

Wir stehen also heute vor der Aufgabe, Warenpreise und Kaufkraft einander anzugleichen. Dieses Problem kann nur in der Weise gelöst werden, daß die Warenpreise der Kaufkraft der breiten Käufer-schichten angepasst werden. Denn die Kaufkraft an sich kann bei gegebener Gütermenge nicht gesteigert werden. Sie ist keine variable Größe, die man mit allen möglichen Mitteln heben oder senken kann. Wohl aber kann man den Anteil einzelner Personen und Schichten an der nationalen Kaufkraft verschieden hoch bemessen. Die Kaufkraft eines Volkes ist natürlicherweise immer so groß wie seine Produktion. Warum sollte ein Volk nicht in der Lage sein, alle seine eigenen Güter und Dienstleistungen zu verbrauchen? Es ist dazu sehr wohl in der Lage, wenn es sich die Voraussetzungen für einen reibungslosen Austausch der Güter und Dienstleistungen schafft. Diese Voraussetzungen sind heute in vielen Ländern nicht mehr gegeben. Es ist heute leider so, daß man den Markt weniger als Austauschmöglichkeiten für die verschiedenen Arten der Güter- und Dienstleistungen, als vielmehr als eine Gelegenheit zur Ausbeutung anderer betrachtet. Das kann natürlich auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben. Das muß doch jedem einleuchten: wenn die Unternehmer, die über die Dienste von dreißig Millionen Menschen verfügen, diese Dienstleistungen beim Austausch im Warenpreis so hoch anschlagen, daß sie den Dienstleistungen von sechzig Millionen Menschen entsprechen, ein gewaltiger Teil der so künstlich verteuerten Waren nicht abgesetzt werden kann, weil ihnen nur die Kaufkraft von dreißig Millionen Dienstleistungen gegenübersteht.

Die Vertreter der Selbstkostentheorie behaupten, daß es gerade umgekehrt wäre. Der Unternehmer kann die Dienstleistungen der von ihm beschäftigten Personen nicht absetzen, weil er sie selbst teuer kaufen und insolgedessen auch einen hohen Preis für sie nehmen muß. Dieser Gedankengang ist nicht sehr logisch. Es kommt ja nicht allein darauf an, wie hoch die Preise an sich sind, sondern, wie hoch sie im Verhältnis zu anderen Faktoren sind. In diesem Falle kommt es darauf an, wie hoch die Preise im Verhältnis zu der Kaufkraft sind, von der sie doch letzten Endes bezahlt werden müssen. Die breiten Massen erhalten ihre Kaufkraft dadurch, daß sie ihre Dienstleistungen den Unternehmern verkaufen. Erhalten sie für ihre Dienstleistungen zu wenig vom Unternehmer, dann können sie selbstverständlich die hergestellten Erzeugnisse nicht im notwendigen Umfang abnehmen. Erhalten sie aber selbst einen ihrer Dienstleistung entsprechenden Lohn, dann können sie auch die hergestellte Warenmenge kaufen. Die hohen Löhne sind also kein Hindernis für den Austausch von Waren und Dienstleistungen, wie vielfach behauptet wird. Die Unmöglichkeit des Austausches tritt erst dann ein, wenn der Unternehmer keine Rücksicht darauf nimmt, daß seine Kosten auf der anderen Seite gleichzeitig die Kaufkraft bilden. Der Arbeiter wird niemals mehr für seinen Konsum ausgeben können als seinen Lohn, der in gleicher Höhe in der Produktion als Kostenfaktor steht. Da die Kosten der Produktion gleichzeitig Einkommen und Kaufkraft der Bevölkerung bilden, müssen sie in der Lage sein, alle Produktionsergebnisse zu kaufen. Das heißt, die Preise der Güter und Dienstleistungen müssen so festgesetzt werden, daß sie in einem richtigen Verhältnis zu den Einkommen stehen. Ist das nicht der Fall, dann ist Absatzmangel die unausbleibliche Folge.

Aus alledem ergibt sich, daß die Hebung der Kaufkraft durch eine Produktionsverbilligung mittels einer Lohnsenkung weiter nichts ist als ein eitel Trug- und Phantasiengebilde; denn mit dem Lohn wird nicht nur ein Kostenfaktor gelenkt, sondern auch ein Faktor, der Waren zu kaufen imstande ist. Eine durch Lohnsenkung erzielte Produktionsverbilligung bezweckt lediglich eine Kürzung des Anteils der Arbeiterschaft an der nationalen Kaufkraft. Da bei Lohnsenkungen nicht nur der Kostenfaktor, sondern in gleichem Maße auch die Kaufkraft gesenkt wird, ist nicht einzusehen, wie auf diesem Wege das Mißverhältnis zwischen den Einkommen und den Preisen und somit der Absatzmangel beseitigt werden kann. Den Beweis, daß dies möglich ist, haben die Produktionsverbilliger bis jetzt noch nicht erbracht. Der Absatzmangel kann nur in der Weise beseitigt werden, daß die Preise gesenkt oder die Nominealeinkommen erhöht werden. Um diese Wahrheit, mag sie auch gegen die Wünsche der Unternehmer gehen, kommen wir nicht herum, wenn wir den Absatz beleben wollen.

Der große verhängnisvolle Fehler, der uns den Absatzmangel in seinem heutigen Ausmaß beschert hat, ist im Zusammenhang mit der sprunghaft einsetzenden Rationalisierung gemacht worden. Die Unternehmer haben auf die Produktionsverbilligung große Hoffnungen gesetzt. Die Produktion haben sie verbilligt, aber die Preise blieben die alten, teilweise gingen sie sogar in die Höhe. Man hatte es auf eine große Gewinnspanne abgesehen. Die Arbeiterschaft wollte man an den Früchten der Rationalisierung nicht teilhaben lassen. Eine schweizerische Zeitung schrieb einmal, sie könne nicht einsehen,

Am 4. April 1931 ist der vierzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

wieso die Arbeiterschaft einen Anspruch darauf erhebt, auch etwas von den Rationalisierungserfolgen einzuheimsen, wo doch die Unternehmer die Rationalisierung mit „ihrem“ Gelde durchgeführt haben. Die Folgen dieser Einstellung konnten nicht ausbleiben. Die elementare Wahrheit, daß man mit den Produktionskosten auch die Kaufsumme gesenkt hatte, stellte sich bald heraus. Wer sollte denn für die steigenden Arbeiter die Waren kaufen? Die Maschine etwa? Hätte man aber die Preise in dem Maße gesenkt wie die Herstellungslosten, dann gäbe es heute keinen Absatzmangel in dem Ausmaß, wie er tatsächlich besteht. Es ergibt sich also die Tatsache, daß die Rationalisierung zur Arbeitslosigkeit beitrug, aber nicht deshalb, weil sie Menschenkräfte freisetzte, sondern weil die Unternehmer trotz der Kostenlenkung, die die Rationalisierung gebracht hat, die Preise hochhielten und so ein künstliches Mißverhältnis zwischen der Geldmenge der Bevölkerung und der produzierten Gütermenge ausgerichtet haben.

Die Unternehmer hätten allerdings die Früchte der Rationalisierung für sich nicht in dem Maße einheimen können, wie sie es getan haben, wenn nicht andere Umstände hinzugekommen wären. Vor allem ist da nun zu nennen die ständige Zunahme von Wirtschaftsorganisationen mit monopolistischem Charakter, die es den Unternehmern gestatten, beliebig hohe Preise zu nehmen, d. h. für eine bestimmte Menge Güter und Dienstleistungen eine beliebige hohe Güter- und Dienstmenge wieder zu fordern, was bei freier Konkurrenz nicht möglich wäre. Das ist auch leicht erklärlich, denn diese Organisationen (Kartelle, Interessengemeinschaften, Syndikate usw.) trugen durch ihre Preispolitik in besonderem Maße dazu bei, das Mißverhältnis zwischen Warenpreisen und Kaufkraft immer weiter auszuweiten. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, wenn gerade jene Länder (Deutschland, England, Amerika) am schwersten von der Krise betroffen sind, in denen diese Organisationen am mächtigsten sind.

Um den Absatzmangel zu beseitigen, ist also notwendig, daß man endlich einen festen Griff tut nach den Preisbindungen und sie abwürgt. In dem Maße, wie man die freie Konkurrenz wiederherstellt wird sicher auch die Arbeitslosigkeit schwinden. Viele Preise würden sicher von ihrer stolzen Höhe kürzen und sich der Kaufkraft anpassen. Ein Erfolg wird wohl nur dann zu erzielen sein, wenn rücksichtslos alle Preisbindungen, sei es von Produzent zu Produzent, sei es von Produzent zum Händler, beim größten Kartell oder der kleinsten Baderinnung, erfaßt werden.

Der Arbeitslosigkeit kann demnach in erster Linie gesteuert werden durch eine starke Preislenkung. Diese wieder ist am schnellsten zu erreichen durch Herstellung der freien Konkurrenz, durch ein gesetzliches Verbot aller Preisbindungen. Auch eine weitgehende Beseitigung der Zollschranken könnte nur nützlich sein, das gilt allerdings in härterem Maße als von Deutschland von andern Staaten, insbesondere von Amerika. Denn bekanntlich können die Kartelle eine solche Preispolitik, die das Volk ausbeutet und den Absatz hemmt, nur im Schutze hoher Zollmauern treiben. Wenn sich für dieses Ziel alle die einsetzen würden, die heute dem Lohnabbau das Wort reden, dann würden wir die Krise sehr viel schneller überwinden, als es sonst jemals der Fall sein wird.

M. Müller.

Tarifverhandlungen für die feuerungstechnischen Arbeiten

Am 25. 26. und 27. März fanden in Goslar Verhandlungen über Neuabschluß des Reichstarifvertrages für feuerungstechnische Arbeiten statt. Die Verhandlungen gestalteten sich, trotzdem die Lohnfrage in diesem Gewerbe durch die Schiedsprüche im Hochbaugewerbe ihre Erledigung finden, doch sehr schwierig. Da die Arbeitgeber in fast allen Punkten, welche sich materiell auswirkten, wesentliche Verschlechterungen durchsetzen wollten. So wollte man, um nur einiges heranzuziehen, die Auslösung für Verheiratete auf RM 2,50 pro Tag herabdrücken und die Unverheirateten gänzlich vom Bezug der Auslösung ausschalten. Man wollte weiter durch anderweitige Berechnung des Grundlohns neben den allgemeinen baugewerblichen Lohnkürzungen den Grundlohn noch besonders herabdrücken. Man wollte weiter alle Zeit- und Erschwerniszuschläge bedeutend herabsetzen. Kurz in allen Punkten, die sich materiell auswirkten, sollten im feuerungstechnischen Gewerbe noch wesentliche Verschlechterungen erfolgen, obwohl durch die Schiedsprüche im Baugewerbe an sich schon genug unberechtigtter Abbau gegeben ist. Nach langwierigen Verhandlungen kam doch schließlich in letzter Stunde eine Einigung zustande, und zwar auf einer Grundlage, die vieles abwehrt, immerhin aber einige weitere Verschlechterungen bringt. In der Auslösungfrage ist Einigung dahin erfolgt, daß für Verheiratete und solche ledige Kollegen, die einen selbständigen Haushalt führen,

d. h. für Eltern und unmündige Geschwister zu sorgen haben, die Auslösung von RM. 4,50 auf RM. 4,— reduziert wurde. Ledige Kollegen sollen in Zukunft als Auslösung den Satz von RM. 2,50 erhalten. In der Errechnung des Grundlohnes mußte ebenfalls eine Veränderung in Kauf genommen werden, indem statt der bisherigen Errechnungsgrundlage von 10 Städten in Zukunft 18 Städte zugrunde gelegt werden sollen. Die Errechnung des Grundlohnes soll in Zukunft vom Hochbaumaurerlohn der Städte Aachen, Bremen, Breslau, Dortmund, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Gleiwitz, Hannover, Karlsruhe, Köln, Königsberg i. Pr., Magdeburg, München, Nürnberg, Rostock, Stettin und Stuttgart ausgehen. Die Zuschläge, sowohl Zeit- wie Erschwerniszuschläge, bleiben bestehen wie im alten Reichstarifvertrag. Als eine Neuerung bzw. ein Erfolg für die Arbeitnehmer ist zu verzeichnen, daß die Arbeiten an Ziegelfabriken mit zu den feuerungstechnischen Arbeiten einbezogen sind. Mit diesen wenigen Hinweisen mögen sich unsere Kollegen vorläufig zufriedenneben, bis der neue Reichstarifvertrag im Wortlaut vorliegt und ihnen übermittelt werden kann.

Als Uebergang ist eine Einigung dahin erfolgt, daß die alten Lohnsätze so lange gültig bleiben, bis auf Grund der endgültigen Hochbaumaurerlöhne eine Neuerrichtung des Grundlohnes möglich und durchgeführt ist. Diese Vereinbarung sichert ein reibungsloses Weiterarbeiten für die Zeit des jetzigen Tarifablaufes bis zu der Zeit der vollständigen Klärung auf allen Gebieten.

„Fördert das Handwerk!“

Durch Lohnabbau?

Die Freie Bauinnung Augsburg hat anläßlich der Reichshandwerkswoche endlich das langgesuchte Mittel gegen die Arbeitslosigkeit gefunden. Wir lesen in der „Neuen Augsburger Zeitung“ vom 16. März 1931 Nr. 62 in einer von genannter Innung zur Reichshandwerkswoche angestellten Betrachtung u. a. folgendes:

Nicht vorübergehen dürfen wir an der verheerenden Lohnpolitik der letzten Jahre, zu der das Baugewerbe mehr oder weniger gezwungen worden ist, um Streiks hintanzuhalten und den Kauffrieden zu sichern. Diese hohen Löhne sind dem Baugewerbe meistens diktiert worden trotz energischer Stellungnahme dagegen. Das letzte Wort hatte immer der staatliche Schlichter in den Fällen der Ablehnung des Schiedspruches und das Baugewerbe mußte wohl oder übel die dann für allgemeinverbindlich erklärten Löhne zahlen. Naturgemäß gingen hierdurch die Aufträge in einer Weise zurück, daß von einer Auftragsnot im wahren Sinne des Wortes gesprochen werden muß. Und leider ging auch die Privatindustrie dazu über, selbst zu bauen, natürlich auch wieder zu einem Lohn, der unter dem vom Reich als für allgemeinverbindlich für das Baugewerbe anerkannten lag.

Auch die teilweise zu hohen Gebühren sollen an dieser Stelle genannt werden.

Ebenso die sozialen Abgaben und Lasten, sowie die Arbeiten, die der Staat auf die Arbeitgeber abgewälzt hat, z. B. bei Steuerangelegenheiten der Arbeiter usw., können hier nicht übergangen werden, um so mehr als diese meistens sehr unterschätzt werden.

Die hohen Löhne hat man den Arbeitern des Baugewerbes u. a. auch aus dem Grund zugeschrieben zu müssen geglaubt, um ihnen als Saisonarbeitern, also Arbeitern, die im Winter nicht durcharbeiten werden können — die Möglichkeit zu geben, sich etwas zu sparen und so aus eigenen Mitteln sich über die Winterzeit hinwegzuhelfen. Die daraus sich ergebende logische Schlussfolgerung wäre dann doch die, daß für Arbeiter mit derartig hohen Löhnen der Erwerbslosenunterstützung Sonderbestimmungen Platz greifen müßten. Das ist aber nicht der Fall!

Also: Arbeiter des Handwerks, schafft billig schafft umsonst dann habt ihr Arbeit in Hülle und Fülle! Ob das alle Handwerksmeister glauben die da sind Schuhmacher, Schneider, Friseur usw.? Vielleicht klären sie ihre Kollegen von der Bauinnung da etwas auf.

Die Behauptungen über die Lohnbildung sind vollständig unrichtig. Der staatliche Schlichter hat seit Jahren im Baugewerbe nichts mehr geregelt. Die Tarifs- und Lohnstreitigkeiten sind in freien Schiedsgerichten erledigt worden. Die Säge über die Auftragsnot im Baugewerbe sind so naiv daß sie noch nicht einmal der unerfahrenste Laie ernst nehmen kann. Daß die Freie Bauinnung Augsburg selbst nicht glaubt daß einer Senkung der Löhne eine prozentual gleiche Auftragssteigerung folgt, beweist ihre Darlegung über den Hypothekemarkt im gleichen Bericht. Die Innung hinterhält die Erwerbslosenunterstützung atmet gelbes Neid und trassante Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Eine Bauinnung sollte doch baubertrautere Schreibstilistene haben. Aber warum soll man nicht bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiter loshauen? Wir bezweifeln, ob die Reichshandwerkswoche dazu geeignet war, dem „bedrängten Herzen“ etwas Luft zu machen — um mit der Bauinnung zu sprechen — und dazu in dieser abgedroschenen Form. So wird das Handwerk zu dem doch nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter gehören, bestimmt nicht gefördert. Hg.

Aus dem Verbandsleben

Freiburg (Breisgau). Unsere am 8. März abgehaltene Generalversammlung erbrachte den Beweis einer umfangreichen Tätigkeit im Berichtsjahre 1930. Den Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer Koll. Schützler, welcher neben der allgemeinen gewerkschaftlichen Arbeit auch den Rechtschutz hervorhob, der besonders durch die Arbeitslosigkeit stark in den Vordergrund trat und sich meistens auf die Vertretung der Kollegen vor den Spruchauschüssen der Arbeitsämter erstreckte. Der Bericht der Revisoren, wie auch die Aussprache erbrachten Anerkennung der geleisteten Arbeit. Das Vertrauen zur Leitung der Verwaltungsstelle kam durch die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes zur Geltung. Der Antrag des Vorstandes, unter eingehender Stellungnahme des Kollegen Heurich hierzu einen Arbeitslosenbeitrag in der Höhe von 30, 20 und 10 Pf. zur Stützung der Bezirkskasse ab 1. April einzuführen, fand erfreulicherweise, trotz der Opfer, die er dem einen und anderen auferlegt, einstimmige Annahme. Anschließend behandelte unser Bezirksleiter, Kollege Heurich, brennende Zeitfragen. Er vertritt mit Recht in der heutigen schwierigen Zeit im Unternehmertum fittlich verantwortliche Kräfte, die dem Kampfgedanken im eigenen Lager entgegenwirken. Die jetzigen Verhältnisse der Bauarbeiterlöhne in ungeheurem Ausmaße herabzumindern, sind ein besonderer Beweis dafür. "Jedem das Seine" ist ein Wort, das immer seine Geltung hat, und dessen Befolgung vor überprüften Klafengegenständen und ihren Auswirkungen bewahrt. Wir gewerkschaftliche Bauarbeiter wollen uns erneut bei dem klaffen-orientierten Standpunkt der Unternehmer an unseren Grund-sätzen orientieren. Mit ihnen werden wir letztendlich den Sieg erringen.

Samm-Weistal. Am 8. März fand unsere äußerst gut besuchte Verwaltungsstellen-Generalversammlung statt. Aus dem von Kollegen Schaffer erstatteten Geschäfts- und Kassenbericht ist folgendes wiederzugeben. Die Arbeitslosigkeit im Bereiche unserer Verwaltungsstelle betrug während des Jahres 1930 durchschnittlich mehr als 50 Prozent. Dementsprechend standen unsere Einnahmen hinter denen der Vorjahre weit zurück. Unsere Einnahme im Jahre 1930 belief sich auf 21.933,30 M. An Unterstützungen wurden im Laufe des Jahres 1930 gezahlt: Arbeitslosen-Unterstützung 6139,60 M., Invaliden-Unterstützung 594 M., Sterbe-Unterstützung 203 M., insgesamt 6936,60 M., das ist rund gerechnet 32 Prozent der Einnahme. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme aus Zuschlägen von 2680,50 M. — Die Agitation wurde durch die Arbeitslosigkeit stark beeinträchtigt. Trotzdem erfolgten 93 Neuaufnahmen und 37 Uebertritte. — Durch Rücksprache mit den Arbeitgebern, Sitzungen an der Schlichtungskommission und Termine am Arbeitsgericht wurde den Kollegen ein Betrag von 3741 M. erzielt. Dieser Betrag würde wesentlich höher sein, wenn alle Kollegen ihre berechtigten Forderungen geltend machten. — Der alte Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt. Sodann gab der Kollege Schaffer einen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen zwecks Neuabschluss eines Reichstariifvertrages und die am 6. März in Eisen getätigten Lohnverhandlungen. Die Bekanntgabe der Arbeitgeberanträge zum Reichstariifvertrag und zur Lohnfrage entfachte unter den Delegierten einen gewaltigen Entrüstungssturm. Mit äußerst scharfen Worten geißelte man die brutale Gefinnung der Arbeitgeber, die damit offensichtlich beabsichtigt hätten, daß sie auch nicht das geringste Verständnis für die durch langanhaltende Arbeitslosigkeit in große Not geratene Bauarbeiterchaft hätten. Das durchschnittliche Jahres-einkommen der gesamten Bauarbeiterchaft sei bei den bestehenden Löhnen ein sehr bescheidenes gewesen, und reichte fast nur zur Befreiung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse. Sollte deshalb bei der näheren Arbeits-wartfrage des Bauwerkes ein Lohnabbau erfolgen, würden die Bauarbeiter härter noch wie bisher in Not und Elend geraten, und dadurch immer mehr und mehr dem Radikalismus von links und rechts in die Arme getrieben. Ferner kam in der Aussprache klar zum Ausdruck, daß viele Bauarbeiter in der Vergangenheit durch lazes und gleichgültiges Verhalten gegenüber den Bauarbeiterverbänden dazu beigetragen haben, daß die Unternehmer jetzt mit solchen Anträgen herausrückten. Alle gelobten, trotz der Schwere der Zeit, in aller unverbrüchlicher Treue weiter zum Verbande zu stehen. In den nächsten Tagen und Wochen sollen in allen Ortsgruppen Versammlungen abgehalten werden zu denen auch die Angehörigen eingeladen werden sollen, denn auch denen müssen durch das Verhalten der Arbeitgeber die Augen geöffnet sein, und auch ihnen die Erkenntnis dämmern, daß die Existenz der gesamten Bauarbeiterchaft in der Zukunft nur durch feste Verbände gesichert ist. Alle versprachen, bei der Frühjahrs-Agitation mitzuarbeiten, damit sie gute Früchte trägt.

Sellendorf, Schl. Am 11. März hielten wir unter sehr guter Schriftleitung aller, auch in den benachbarten Ortlichkeiten wohnender Mitglieder, eine Versammlung ab. Gemeindeführer Kollege Heidrich-Gleimig gab uns Aufklärung über die Lohn- und Tarifierhältnisse, die die Arbeitgeber zu verschlechtern suchen. Wir müssen die Schlußfolgerung ziehen: Je größer das Heer der Drangzwungen, desto heftiger der Kampf gegen Ungerechtigkeiten. Im Anschluß daran schilderte Kollege Heidrich die Verhältnisse am Arbeitsamt Kattibor. Hier bemerken schon die über 300 Termine die Kollege Heidrich nebenamtlich zu vertreten hatte, die untragbaren Verhältnisse. Treue zur Organisation, Erhaltung aller ansehnlichen Kollegen, ist unsere Parole. —

war, die Verwaltungsstelle Limburg hauptamtlich zu be-gehen und bedauern es daß das nicht schon früher ge-gehen ist. Wir hoffen, daß unter Leitung des Kollegen Sieben der Westerwald wieder auf die Höhe kommt, wo er einst war. Das war der Sinn der regen Aussprache. Der 1. Vorsitzende ermahnte alle Kollegen, dem Ernst der Zeit entsprechend, mitzuarbeiten, damit unsere Orts-gruppe an Mitgliederzahl wieder dahin gelangt, wo sie vor Jahren gestanden hat.

Wanne-Eidel. Am 14. März hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung bei gutem Besuch ab. Kollege Beul leitete die Versammlung durch einen Vortrag über die Wirtschaftstriebe ein. Er anerkannte, daß die Tätig-keit der Ortsgruppe im vergangenen Jahre sehr rege ge-wesen ist. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hoppe 1. Vorsitzender, Kollege Heinrich Strümpfer 1. Kassierer und der Kollege O. Blaschke 1. Schriftführer.

Fürth i. Fran. Wir hielten am 14. März unsere Ge-neralversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Der Jahresbericht wurde vom Vorstand gegeben; es war sehr rege gearbeitet. Auch der Kassenbericht gab Zeugnis von fleißiger Arbeit. Bei der Neuwahl wurde Kollege Mil-ler zum 1. Vorsitzenden, Kollege Rohlfsmid zum 1. Kassierer gewählt. Ein Vortrag über die Tarifver-handlungen beschloß die Versammlung.

Frankenstein. Am 15. März fand unsere Generalver-sammlung statt. Der Schriftführer, Kollege Stenzel, erstattete den Jahresbericht und Kollege Geppert den Kassenbericht. Beide fanden Anerkennung. Auf Anregung der Mitglieder wurde der alte Vorstand wiedergewählt, wobei als erster Vorsitzender Kollege Bollrecht, als erster Kassierer Kollege Geppert und als Jugendführer Kollege Kautenstrauch fungierten. Im verfloffenen Jahre wurden sieben Mitgliederversammlungen und zwei Vorstandssitzungen abgehalten. Erfreulicherweise hatten wir einige Uebertritte und Neuaufnahmen zu verzeichnen. Leider sind aber auch einige Mitglieder wegen der schlech-ten Bauconjunktur, da sie dann in landwirtschaftliche Ar-beiten übergingen, aus unserer Gruppe ausgeschieden. Die vorjährige Mitgliederzahl konnte gehalten werden.

Worbis. Am Sonntag, dem 15. März, hielt der Ver-waltungsstelle Worbis mit den Ortsgruppen Kirch-worbis und Breitenbach ihre diesjährige Gene-ralversammlung ab. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde vom Kollegen Jakob Göbel gegeben und für gut befunden. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt und um zwei Mitglieder erweitert, ein Kollege von Kirch-worbis und einer aus Breitenbach. Der Vortrag des Kollegen Bucherpennig, Ueberstadt, der Preis-ientung und Lohnabbau behandelte, wurde von den Kollegen gut aufgenommen. Unter Punkt Verschiedenes sprach Kollege Edardt Breitenbach vom Arbeitsamts-ausschuß über die Erwerbslosenversicherung. Kollege Holzapfel sprach über die Verhältnisse des Eichsfeldes, besonders Worbis und Umgegend. Kollege Göbel schilderte die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter. Kol-lege Pfägenreuter verlangte, den Gewerkschaftsgeist in der Heimat wie in der Fremde praktisch zu betätigen.

Mingerode. Am 15. März fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der alte Vorstand wurde wegen seiner guten Leistungen wiedergewählt. Kollege Bucherpennig-Duderstadt besprach die Lohn- und Preis-abtaufragen, die jetzt zur öffentlichen Aussprache stehen. Die Lohn- und Tarifverträge haben diesmal ihre beson-dere Bedeutung für uns im Kreise Duderstadt. Mehr wie bisher müssen wir zusammenziehen und die noch fernstehenden christlichen Arbeiter für uns gewinnen. Das bedarf eines jeden Kollegen Kraft zur Mit-arbeit. Die nachfolgenden Ausführungen wurden den fünf Jubilaren gewidmet, denen die Silbernadel nebst Ehrenurkunde für ihre 25jährige treue Mitarbeit überreicht werden konnte. Die Namen der Jubilare sind Franz Marshall, Anton Büttfeld, Heinrich Kaabe, Josef Krutzenberg und Josef Groboder. Von Seiten der Jubilare wurde für die erwiesene Ehre herzlicher Dank ausgesprochen. Kollege Bucherpennig wünschte, daß die Jubilare noch weiterhin als Vor-bild der anderen Kollegen und der Jugend im Dienste des Verbandes mitarbeiten.

H. Sch. Detmold (Viere). Unsere Jahreshauptversammlung fand am 15. März statt, an dem Tage, an dem vor 25 Jahren unsere Verwaltungsstelle gegründet wurde. Der Vorsitzende gedachte mit Worten des Dankes der Gründer. Die eigentliche Jubiläumfeier findet am 26. April im Kreise der Familienangehörigen statt. Den Kassenbericht gab Kollege Köppe. Die Abrechnung war geprüft und für richtig befunden. Die Vorstandswahl er-gab die alte Zusammensetzung: 1. Vorsitzender: Kollege Maurer Ludwig Sieweke, Kassierer: Kollege Albert Köppe. Zum Schluß berichtete Kollege Dammeyer aus Bielefeld über die bisher geführten Lohnverhand-lungen.

Schweinsberg. Am 22. März konnte unsere Verwalt-ungsstelle das Mitglied Johannes Mann als ersten Silberjubilare ehren. Vorsitzender Kollege Franz Men-gel überreichte ihm die Silbernadel und das Diplom. Er stellte den Jubilar ganz besonders den jüngeren Kol-legen als Vorbild vor, dem sie nachzueifern sollen.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Kreuznach. Büro Poststraße 21, gegenüber der Post durch Torein-gang. Bürostunden. Ab 1. April finden die Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag vormittags von 9 1/2 bis 12 1/2 Uhr, nachmit-tags von 2 1/2 bis 7 Uhr statt. Die Kollegen werden gebeten, sich an diese Tage und Stunden zu halten. An den übrigen Tagen bin nur un-bekannt zu treffen. Der Verwaltungsvorstand. J. A. Aug. Joffe.

Briefkasten der Redaktion

Anonymus, Breslau. Du hast im Eifer deinen Namen anzugeben vergessen. Hole das nach Schriftleitung.

Sterbetafel

Nach einjähriger schwerer Krankheit verschied am 22. März unser treuer Kollege Josef Loß (Maurer), aus Kasselwitz, im Alter von 64 Jah-ren. Verwaltungsstelle Kasselwitz O/S. Am 16. März starb unser Kollege Konrad Schönig an einem Lungenleiden im Alter von 50 1/2 Jahren. Verwaltungsstelle Großhofenbronn. Am 13. März entriß uns der Tod unseren Kollegen den Maurer Anton Liffon in Binchod im blühenden Alter von 29 Jahren. Er war stets ein eifriger Mitarbeiter. Verwaltungsstelle Oppeln. Am 24. Februar 1931 starb nach längerem schweren Leiden unser treuer Kollege Anton Preuß im 33. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm ein eif-riges und aufrichtiges Mitglied. Verwaltungsstelle Saarbrüden. An den Folgen eines Herzschlages verschied am 10. März unser Kollege der Steinhauer Otto Huber aus Landstuhl (Pfalz) im Alter von 42 Jahren. Huber war ein treues Mitglied und überall beliebt. Verwaltungsstelle Kaiserlautern. Am 18. März starb unser Kollege Josef Stöhr im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung. Er war jahrelang Vertrauensmann und ein tüchtiges Mitglied. Sein aufrichtiger kollegialer Charakter sichern ihm das Gedenken übers Grab hinaus. Verwaltungsstelle Freiburg i. Br.

Ehre ihrem Andenken!

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inserenten d. Baugewerkschaft!

Zentholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Table with dimensions and prices for water gauges. Columns include size (e.g., 100, 90, 80, 75, 70, 60, 50 cm) and price (e.g., 3.25, 3.05, 2.85, 2.75, 2.65, 2.45, 2.25). Includes 'Extra-Qualität' section with prices from 3.80 to 2.90.

WER das praktische bautechnische Zeichnen und Rechnen erlernen will, wem die Mittel zu dem jetzt so kostspieligen Besuch einer Bauschule fehlen, wer sich zum tüchtigen Potter und Bau-führer ausbilden will, wer sich auf die Meisterprüfung vorbereiten will, der findet hierzu in meiner auf lang-jähriger praktischer und theoretischer Erfahrung aufgebauten Lehrmethode zu Hause Gelegenheit. Ohne Vorkenntnisse! Ohne Berufsstörung! Nähere Auskunft und Prospekt kostenlos. Otto Weiss, Archt., Giesen i. B., Roberstr. 32

Radikaler Preisabbau!



Andere werden Wir beweisen durch unseren neuen Katalog, ausgestellt in der Sigurd Gesellschaft Kassel 51

Wepa Fabrik v. Arbeitsanlege sämtlicher Berufe Spez. Blauc Maschina-bau sowie Maurer und Manchester-Anzüge Wilhelm Pahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 76

Leit den Deutschen

Ede. Bauhco. u. pflanzlich reichhaltige für Ballon, Gart u. Fr. boh, oom fast gelb bis blauen, rot 10 Stk RM 3.-, 25 Stk RM 6.-, 100 Stk. RM 20.-, Rosenkronen-räume 40, 70 hoch 10 Stk. RM 12.-. Terp u. arto extra Vert. gegen Nagen. Hans Gärtner, Versand Ormeri Heidraden 80 B. Torne 4 i. B.

Die Konsumgenossenschaft Eichsfeldia e. G. m. b. H. mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgli. denn ist die Verbraucher-Organisation der eichsfeldischen Bauarbeiter. Der Misserfolg macht erwidert die wertvolle Warenverorgung der eichsfeldischen Bauarbeiterfamilien. Die Hausfrauen der Bauarbeiter haben daher nur in dem Genossenschafts-läden ihren Bedarf decken.